

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

F/XXIX/128

10. Juli 1974

Wir stellen uns der Herausforderung der Zeit

Zur Verteidigung der neuen niedersächsischen
Landesregierung

Von Alfred Kubel
Ministerpräsident von Niedersachsen

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Schlußstrich unter die Vergangenheit

Vertrag mit Prag jetzt endgültig unter Dach
und Fach

Von Kurt Mattick MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
des Bundestages

Seite 3 und 4 / 48 Zeilen

Wieder Demagogie des großen Geldes

Neuaufgabe 74 der Wahlagitiation der Christ-
Parteien

Seite 5 bis 7 / 78 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Str. A 10A-112 Telefon: 37 66 11

Wir stellen uns der Herausforderung der Zeit

Zur Verteidigung der neuen niedersächsischen Landesregierung

Von Alfred Kubel

Ministerpräsident von Niedersachsen

Mit der Bildung einer sozialliberalen Koalition in Niedersachsen folgen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Freie Demokratische Partei dem Auftrag der Mehrheit der Wähler, die sich in klarer Kenntnis des koalitionspolitischen Standorts der drei demokratischen Parteien in diesem Land mit 50,1 vH. der Stimmen für eine sozialliberale Koalition und gegen eine von der CDU getragene Landesregierung - für sie stimmten 48,8 vH. - ausgesprochen hat.

Zwei Aspekte scheinen mir für die rechte Einordnung der neugebildeten sozialliberalen niedersächsischen Landesregierung in das gesamtpolitische Gefüge der Bundesrepublik wichtig:

1/ Die niedersächsische Landesregierung wird die Zielsetzungen der sozialliberalen Bundesregierung unterstützen. Dennoch versteht sich das Regierungsbündnis von Sozialdemokraten und Freien Demokraten in Niedersachsen nicht als bloßer Reflex auf das parteipolitische Kräftefeld im Bund. Kooperativer Föderalismus, wie wir ihn verstehen, drückt sich schließlich nicht in Konformität aus, sondern in der differenzierten Beachtung der besonderen Interessen eines jeden Landes. Wir werden uns allerdings allen Versuchen widersetzen, den Bundesrat als Organ des Bundes mit seiner übergreifenden Verantwortung des Bundes und aller Länder für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einem Vollzugsorgan der im Bundestag - wo die CDU/CSU nach dem Willen der Wähler in der Minderheit ist - nicht zum Zuge kommenden Opposition zu deklassieren. Das Grundgesetz hat den Ländern Mitverantwortung für die Gesetzgebung des Bundes eingeräumt. Dem föderalistischen Selbstverständnis entspricht es, die Interessen der Länder und nicht vorrangig oder gar ausschließlich parteispezifische, in Fraktionen eingeschnürte Politik gegen die Bundesregierung durchsetzen zu wollen.

2/ Im sozialliberalen Bündnis - als einer heute die deutsche und europäische Politik weithin bestimmenden politischen Kraft - findet die parlamentarische Demokratie des ausgehenden 20. Jahrhunderts ihre immer stärkere Ausprägung. Vielleicht haben wir es, wie es Bundesminister Prof. Dr. Werner Maihofer einmal formulierte, unter ganz besonderen Vorzeichen mit der geschichtlichen Antwort auf die Krise aller westlichen Industriegesellschaften und Massendemokratien in der Mitte dieses Jahrhunderts zu tun; das sozialliberale Bündnis, verstanden als das Bündnis jener geistigen Kräfte, die in der Demokratisierung unserer

Gesellschaft und in den sozialen Reformen die große Herausforderung unserer Zeit sehen. Es sollte als ein nicht zu hoch gegriffener Anspruch gelten, wenn ich sagen, daß wir in den vergangenen Jahren zu unserem Teil mit unserer Politik der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes, mit unserer Politik der Schul- und Bildungsreformen und der sozialen Gerechtigkeit diese Herausforderung angenommen haben. Wir werden uns nunmehr in einer sozialliberalen Koalition weiter und verstärkt dieser Herausforderung stellen.

Diesen beiden grundsätzlichen Anmerkungen sollen die sehr konkreten Ziele der sozialliberalen Landesregierung in Hannover sogleich hinzugefügt werden. Aus der Fülle der Aufgaben seien die besonderen Schwerpunkte für unsere Arbeit in den nächsten vier Jahren herausgegriffen. Wir werden uns vor allem konzentrieren auf

- die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes, besonders zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Hebung der Wirtschafts- und Steuerkraft, schwerpunktmäßig regional und sektoral gezielt;

- die Bildungspolitik, hier besonders die berufliche Bildung, die Reform der Grundschule und des Elementarbereichs sowie die Lehrerbildung und die Hochschulreform;

- den Umweltschutz;

- die Sicherung und Verbesserung der ambulanten und stationären ärztlichen Versorgung;

- die Verwaltungs- und Gebietsreform, d.h. jetzt die Kreis- und Bezirksreform sowie die Fortsetzung der Funktionalreform;

- die Förderung des Verkehrs, des Städtebaus, die Stärkung der inneren Sicherheit; die Probleme unserer Landwirtschaft und nicht zuletzt die Sorge um alte Menschen, Behinderte und andere sozial Benachteiligte behalten ihren unveränderten Rang.

Zusammenfassend ist festzustellen: Die Entwicklung Niedersachsens wird kontinuierlich fortgesetzt. Die Aufgaben, die sich uns in den nächsten vier Jahren stellen, sind durch die Situation dieses Landes weitgehend vorgezeichnet. Und bei alledem wissen wir, daß wir in der Bundesregierung wie bisher einen stets verständnisvollen Partner für die Lösung unserer Probleme, die immer auch unser aller Probleme sind, haben.

(-/10.7.1974/bgy/pr)

+ + +

Schlußstrich unter die Vergangenheit

Vertrag mit Prag jetzt endlich unter Dach und Fach

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Mit der nachmaligen Abeitimmung im Bundestag ist nun auch der Vertrag mit der CSSR endgültig, denn der Bundespräsident wird den Lauf nicht aufhalten. Vielleicht versucht die CDU/CSU auch in diesem Fall, das Bundesverfassungsgericht in Anspruch zu nehmen, um den allgemeinen Boykott gegen die klare Mehrheit des gewählten Parlaments noch weiter zu treiben.

Dabei wird die Heuchelei ihres Berliner Engagements deutlich, wenn man bedenkt, daß die Meinung der 2,2 Millionen Berliner vom Bundesrat unberücksichtigt bleibt, obwohl der Vertrag die Berlin Klausel enthält und obwohl die Vollendung des Vertragswerkes mit den ehemaligen Kriegsgegnern in Osteuropa gerade für Berlin von großer Bedeutung ist. Es ist kein Verstoß gegen die Verfassungsbestimmungen, wenn in solchen Fällen vom Bundesrat oder von den einzelnen Ländern auf Einspruch verzichtet wird, wenn im Bundesrat klar ist, daß mit der Einbeziehung der Berliner Stimmen eine qualitativ entgegengesetzte Entscheidung herauskommen würde.

Auf jeden Fall bin ich überzeugt, daß in Frankreich oder in England ein solches Verhalten der Opposition unmöglich wäre. Mit diesem Verhalten bleibt das angebliche Engagement für Berlin hohle Propaganda und wir sollten nicht müde werden, öffentlich diesen Vorgang klar zu machen. Berlin ist der Union die Demonstration wert, mit der sie die Politik der Koalition zu blockieren versucht. Der Vertrag zwischen der Bundes-

republik Deutschland und der CSSR selbst ist bis ins Kleinste zwischen den Interessen der Bundesrepublik und der CSSR ausgehandelt worden, er konnte nur ein tragbarer Kompromiß sein. Die Vergangenheit laßt auf diesen Beziehungen nicht viel geringer als auf dem deutsch-polnischen Verhältnis.

Die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß haben eine weitgehende Klärung des Verhandlungsablaufs und der Motive unserer Verhandlungsposition gebracht. Dabei hat der Staatssekretär Frank seine ihn leitende Gesinnung bei den Verhandlungen dargestellt. Es muß einen Schlußstrich geben, so sagte er, unter der unglückseligen jüngsten Geschichte, und ich möchte hier einen Satz aus dem Ausschuß wiedergeben, den man nicht vergessen darf: Zum ersten Mal hat eine Staatsführung einen Massenmord industrialisiert.

Wer nach wie vor versucht, den Vertragsbeschluß zu verhindern, provoziert neue Eskalationen. Die Opposition lehnt den Vertrag ab. Sie steht unter dem besonderen Druck ihrer extremen Vertreter der Flüchtlingsorganisationen. In den Verhandlungen des Ausschusses kam immer wieder die Forderung nach der Fortsetzung des Lastenausgleichs durch. Das heißt, daß die Vertreter der Flüchtlingsorganisationen das, was die deutsche Bundesrepublik für die Eingliederung der Flüchtlinge in die Gesellschaft und für die Einführung ihres individuellen Wiederaufbaus sowie für den Vermögensausgleich getan hat, als noch nicht genug ansehen. Wir haben kein Verständnis dafür, daß jetzt der Steuerzahler noch einmal herhalten soll.

Für die große Mehrheit des deutschen Volkes wird dieser Vertrag einen notwendigen Schlußstrich bedeuten, mit dem die junge Generation in unserem Lande auch eine Entlastung für die Zukunft erfährt.

(-/10.7.1974/bgy/ee)

+ + +

Wieder Demagogie des großen Geldes

Neuaufgabe 74 der Wahlagitiation der Christ-Parteien

Wieder einmal soll die bundesrepublikanische Öffentlichkeit von der CDU/CSU mit einer Anzeigenserie gegen linke "Umtriebe" immun gemacht werden. Der "Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft" hat seine Entwürfe für die "Anzeigen-Kampagne 1974/1975" vorgelegt.

Man könnte fast meinen, die geldkräftigen "anonymen" Kreise hätten aus dem Bundestagswahlkampf 1972 nicht die Spur gelernt: Damals hatten anonyme Geldgeber - wobei die Anonymität leicht zu lüften war, einfach durch die Stoßrichtung der Argumente - mit äußerst aufwendigen Anzeigenkampagnen den Untergang des Abendlands für den Fall beschworen, daß die SPD weiter die Regierungsverantwortung trägt. Und die Taktik dabei war auch leicht zu durchschauen. In den Anzeigen wurde unterstellt, daß die SPD für die Bundesrepublik Zustände anstrebe, wie sie - in einer angeblichen Negativ-Auswahl - in den sozialistischen Staaten des Ostblocks anzutreffen seien. Damals hatte ein Graphiker diese christparteiliche Verteufelungskampagne sehr treffend mit dem Spruch: karikiert: "Arbeiter, die SPD will Euch Eure Villen im Tessin wegnehmen."

Der Schuß mit den Anzeigenkampagnen ging damals in den Ofen: Viele Bürger durchschauten die Absicht und waren angewidert von der Hemmungslosigkeit, mit der das große Geld gegen die SPD kämpfte.

Jetzt scheinen dieselben Kräfte wieder einmal zuschlagen zu wollen. Der "Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft" lädt "interessierte Bürger" dazu ein, Anzeigen - die schon formuliert und graphisch ausgeführt sind - zu finanzieren und in Zeitungen und Zeitschriften unterzubringen. 42 Motive stehen zur Auswahl; alle sind gleich gestrickt. Beispiel: Motiv 18 "Hausbau". Da heißt es: "Bei uns entstehen jährlich rund einhunderttausend neue Eigenheime! Noch!" Unter dieser fetten Überschrift ist dann zu lesen: "Es gibt Leute, die unsere Soziale Marktwirtschaft lieber heute als morgen abschaffen wollen und uns dafür ein 'sozialistisches Paradies' versprechen. Aber: In den sozialistischen Staaten, die heute existieren, ist Wohnraum,

wie man weiß, verheerend knapp. Und der Traum vom Eigenheim ist längst ausgeträumt."

Mit dem dicken "Noch!" in der Überschrift wird unterstellt, es wären in der Bundesrepublik linke Gruppen vorhanden, deren politisches Programm als wichtigstes Ziel hätte, den Bau von Eigenheimen zu stoppen. Das ist ganz einfach Quatsch, das will niemand, die SPD schon gar nicht. Suggestiert wird aber auch, daß die vorhandenen Eigenheime "verstaatlicht" werden sollten. Auch das ist abenteuerlich. Einfach falsch ist zudem die Information, in den sozialistischen Staaten wäre der Traum vom Eigenheim ausgeträumt. Was immer man von der Eigenheim-Ideologie halten mag: In den sozialistischen Staaten gibt es Eigenheime in Privatbesitz (nicht nur für Privilegierte) und viele Leute streben - wie hier - nach ihrem Besitz.

Die "Initiative freier und unabhängiger Unternehmer" (so die Selbstdarstellung in der Anzeigen-Broschüre) wendet sich aber auch noch anderen Themen zu. Text von Motiv 5 "2 CV": "Dieser 2 CV des Mathematik-Studenten Rainer P. hat mehr von der Welt gesehen als ein 60jähriger Kulturpreisträger eines sozialistischen Staates." Diese Anzeige erweckt den Anschein, der 2 CV-Wagen des Studenten Rainer P. nebst seinem Besitzer und seiner Reiselust wäre ein repräsentatives Beispiel für Studenten hierzulande. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Erst in diesem Jahr wird die staatliche Förderung für Studierende in der BRD einen Höchstbetrag von 500 DM erreichen (zur Zeit gibt es für die Studenten erheblich weniger). Aber gehen wir einmal von den 500 DM aus: Welcher Student kann sich von diesem Betrag 1. ein Auto und 2. Reisekosten leisten, wenn man bedenkt, daß von diesem Geld ja auch noch die Kosten für Miete, Lebensunterhalt, Studienmaterialien usw. zu bestreiten sind. Also: Der normale Student ist keinesfalls in der Lage von Rainer P., der sicherlich wohl einiges mehr im Monat zur Verfügung

10. Juli 1974

haben muß als ein durchschnittlicher Student (Eltern? Semester-Arbeit?).

Und auch die Frage der Freizügigkeit für Bürger sozialistischer Staaten müßte um einiges mehr differenziert werden. Nur als Hinweis: Diese Angelegenheit sieht wohl in Jugoslawien, Ungarn, Polen etc. anders aus als in anderen sozialistischen Staaten. Nur ist dies wohl nicht die Stoßrichtung der Anzeige. Gemeint ist hier etwas anderes, nämlich mit der Freizügigkeit und dem Lebensstandard wäre es in der BRD vorbei, wenn auch nur Bruchteile linker Ideen in der BRD verwirklicht würden. Die Anzeige, wie alle anderen dieser Serie, suggeriert immer wieder dasselbe: auch nur kleine Veränderung in der BRD nach links hin bedeuten den sicheren Untergang, bedeuten den Verlust demokratischer Rechte. Deshalb meinen die "freien und unabhängigen" Unternehmer: besser alles beim alten lassen. Und ist diese Parole ins Bewußtsein der Bevölkerung mal eingehämmert, dann ist es viel leichter, innere Reformen abzublocken: Das kann dann von der Mitbestimmung bis zur Reform der beruflichen Bildung reichen.

Und diese Parole soll nun mal wieder mit leichten Varianten den Bundesdeutschen nahegebracht werden. Wahlen stehen immer vor der Tür, in den Bundesländern und 1976 im Bund. Aber eigentlich kann man ja nach den gemachten Erfahrungen relativ sicher sein: Auch dieser Schuß wird nach hinten losgehen. Mit Polemik und Demagogie ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen, die Wahlberechtigten nehmen es übel, wenn sie an der Nase herumgeführt werden.

Peter E. Kalb
(-10.7.1974/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller